



UNIVERSITY OF LEEDS

This is a repository copy of *Journalismus und Politik*.

White Rose Research Online URL for this paper:

<https://eprints.whiterose.ac.uk/190966/>

Version: Accepted Version

Book Section:

Wessler, H and Rinke, EM orcid.org/0000-0002-5330-7634 (2022) *Journalismus und Politik*. In: Löffelholz, M and Rothenberger, L, (eds.) *Handbuch Journalismustheorien*. Springer VS Wiesbaden , Wiesbaden, Germany ISBN 978-3-658-32153-6

https://doi.org/10.1007/978-3-658-32153-6_49-1

© 2022 Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature. This is an author produced version of a book chapter published in *Handbuch Journalismustheorien*. Uploaded in accordance with the publisher's self-archiving policy.

Reuse

Items deposited in White Rose Research Online are protected by copyright, with all rights reserved unless indicated otherwise. They may be downloaded and/or printed for private study, or other acts as permitted by national copyright laws. The publisher or other rights holders may allow further reproduction and re-use of the full text version. This is indicated by the licence information on the White Rose Research Online record for the item.

Takedown

If you consider content in White Rose Research Online to be in breach of UK law, please notify us by emailing eprints@whiterose.ac.uk including the URL of the record and the reason for the withdrawal request.



eprints@whiterose.ac.uk
<https://eprints.whiterose.ac.uk/>

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2022

Martin Löffelholz

und

Liane Rothenberger

Handbuch Journalismustheorien

10.1007/978-3-658-32153-6_49-1

Journalismus und Politik

Hartmut Wessler¹ und Eike Mark Rinke²

(1)Universität Mannheim, Mannheim, Deutschland

(2)School of Politics and International Studies, University of Leeds, Leeds, Großbritannien

Hartmut Wessler (Korrespondenzautor)

Email: wessler@uni-mannheim.de

Eike Mark Rinke

Email: E.M.Rinke@leeds.ac.uk

Zusammenfassung

Die Interrelation von Journalismus und Politik ist, in einem anspruchsvollen Sinn, zentral für das Funktionieren von Demokratie. Der Beitrag gibt einen Überblick über die wichtigsten normativ-theoretischen Ansprüche an diese Interrelation sowie relevanter empirischer Befunde. Es beschreibt zunächst drei zentrale normative Demokratiemodelle – das liberale, das deliberative und das agonistische Modell – und präsentiert sodann Ergebnisse normativ angeleiteter empirischer Forschung zu den Beziehungen von Journalismus und Politik.

Schlüsselwörter Öffentlichkeit -Normative Theorie -Medienstrukturen -Medienleistungen - Internetöffentlichkeiten

Dieser Beitrag basiert in Teilen auf Ausführungen in Wessler und Rinke ([2013](#)).

1 Was soll Journalismus für demokratische Politik leisten?

Das Verhältnis von Journalismus und Politik gehört zu den am besten untersuchten Feldern der Journalismusforschung. Das hat zum Ersten mit der langen Vorherrschaft des Politikressorts in der innerredaktionellen Hierarchie zu tun, die die politischen Aspekte des Journalismus bevorzugt in das Blickfeld der Journalismusforschung gerückt hat. Zum Zweiten hat das Ausmaß der Forschung zu diesem Bereich innerwissenschaftliche Gründe: Von der Propagandaforschung angefangen bis zur modernen Wahlkampfkommunikation liegen die politischen Funktionen der journalistischen

Nachrichtengebung und Kommentierung im Mainstream der kommunikationswissenschaftlichen Fachtradition. Was die Journalismusforschung zu diesem Bereich zu sagen hat, überschneidet sich daher in nicht geringem Maße mit einem anderen prominenten Feld der Kommunikationswissenschaft: der Forschung zur politischen Kommunikation. Die Interrelation zwischen Journalismus und Politik genießt aber noch aus einem dritten Grund hohe Aufmerksamkeit: Wie keine andere Außenbeziehung des Journalismus spricht sie die normativen Grundfragen an, die für das Nachdenken über Demokratie zentral sind. Gesellschaftliche Bedürfnisse, Interessen und Forderungen müssen ebenso kommuniziert werden wie politische Programme, Entscheidungen und Images. In dem Maße, wie Journalismus die gesellschaftsweite Kommunikation über politische Prozesse nach wie vor filtert und strukturiert (manche würden sagen: konstruiert), in dem Maße bleibt auch die Interrelation von Journalismus und Politik zentraler Gegenstand normativer Reflexion.

Wir beschäftigen uns in diesem Beitrag daher mit normativen Theorien zur Rolle des Journalismus in der Demokratie und mit empirischen Erkenntnissen, die aus der Perspektive dieser Theorien relevant sind. Für die Beschäftigung mit diesen Fragen ist der Begriff der Öffentlichkeit („public sphere“) zentral. Wir orientieren uns hier an derjenigen Literatur, die Öffentlichkeit (a) als ein normatives Konzept versteht, das für verschiedene, konkurrierende Traditionen der Demokratietheorie zentral ist, und (b) auf ihre empirische Anschlussfähigkeit Wert legt (Ferree et al., [2002](#); Wessler, [2018](#)). Öffentlichkeit lässt sich als ein sozialer Raum verstehen, in dem unterschiedliche Erfahrungen und Meinungen ausgedrückt, allgemein interessierende Fragen diskutiert, kollektive Lösungen kommunikativ entwickelt und an Bürger wie politische Eliten adressiert werden (Wessler, [2008](#)). Aufgrund der Vielzahl der medialen und nichtmedialen Foren wird Öffentlichkeit zumeist als ein Netzwerk aus Teilöffentlichkeiten aufgefasst, die sich jedoch vielfach gegenseitig beobachten. Der Begriff wird daher heute häufig im Plural verwendet. Normative Öffentlichkeitsvorstellungen geben ideale Merkmale öffentlicher Kommunikation an, spezifizieren Bedingungen ihrer Verwirklichung und ermöglichen eine kritische Bewertung tatsächlicher Kommunikationsverhältnisse. Sie ermöglichen damit ein systematisches, theoriegetriebenes *normative assessment* empirischer Erkenntnisse zum Verhältnis von Journalismus und Politik (Althaus, [2012](#)), und sie leiten diejenige empirische Forschung an, die nach den realen Potenzialen der Verwirklichung normativer Idealvorstellungen sucht.

2 Drei normative Traditionen

Vereinfachend lassen sich im Feld der normativen Öffentlichkeitstheorien drei Traditionen unterscheiden: die liberale, die deliberative (s. Kap. „[Journalismus als Inklusions- und Partizipationsleistung](#)“) und die agonistische Tradition (s. Tab. [1](#)). **Tab. 1**

Normative Anforderungen an Öffentlichkeit: Drei Traditionen

	Zentrale Metapher(n) für Öffentlichkeit	Wer soll kommunizieren?	Wie soll kommuniziert werden?	Mit welchem Ergebnis soll kommuniziert

				werden?
Liberal e Tradition	Spiegel	Repräsentations modell: Vertreter gesellschaftlich er Gruppen (proportional)	Verschiedene Kommunikati onsstile zugelassen (unter Wahrung hinreichenden Respekts)	Abschluss der Debatte nach Feststellung des Mehrheitsinte resses
Deliber ative Tradition	Diskussion srunde	Partizipationsm odell: Einschluss aller betroffenen Gesellschaftsgr uppen	Dialog, Respekt, Begründung, Zivilität	Abschluss durch argumentativ gestützte Mehrheitsmei nung (oder Konsens)
Agonist ische Tradition	Protestmar sch	Empowerment modell: Einschluss aller unter besonderer Berücksichtigu ng subalternen Gruppen	Narration, Selbstexpressi on, Rhetorik	Vermeidung des Abschlusses, Offenhalten von autonomen Artikulationsc hancen

Quelle: Eigene Darstellung nach Wessler et al., [2020](#).

Die *liberale* Tradition normativer Öffentlichkeitsvorstellungen lässt sich mit der Spiegelmetapher auf den Punkt bringen. Die Funktion von Öffentlichkeit besteht demnach darin, das in der Gesellschaft vorhandene Spektrum an Positionen und Sprechern proportional zu ihrer jeweiligen Stärke naturgetreu abzubilden. Man kann innerhalb der liberalen Tradition eine eher elitäre Vorstellung und eine eher inklusive Vorstellung von Repräsentation unterscheiden (Ferree et al., [2002](#)). Entscheidend ist in jedem Fall, dass die Repräsentation von gegebenen Interessen und Positionen im Vordergrund steht und nicht besondere Anforderungen an die Qualität der Kommunikation oder ihr Ergebnis. Unter Wahrung eines Mindeststandards an gegenseitigem Respekt sind unterschiedliche, auch nichtdialogische Kommunikationsstile wie Verlautbarung und Agitation erlaubt. Debatten sollen abgeschlossen werden, sobald sich das Mehrheitsinteresse herauskristallisiert hat.

Die *deliberative* Tradition folgt demgegenüber eher der Metapher einer Diskussionsrunde. Möglichst unterschiedliche Akteur:innen sollen an der öffentlichen Kommunikation beteiligt werden. Vor allem aber sollen sie dialogisch und respektvoll aufeinander eingehen und dabei ihre eigenen Positionen nicht nur behaupten, sondern begründen und einen zivilen Kommunikationsstil an den Tag legen. Auf diese Art und Weise sollen gesellschaftliche Konflikte eingeeht und in lösungsorientierte Debatten verwandelt werden. Das normative Ziel öffentlicher Kommunikation besteht darin, dass sich eine argumentativ fundierte Mehrheitsmeinung herausbildet, wenn kein

Konsens möglich ist (Wessler, [2008](#)). Der Prozess öffentlicher Deliberation stellt eine Alternative zum Verhandeln einerseits und zur reinen erfolgsorientierten Rhetorik andererseits dar – wenngleich das Verhältnis zwischen diesen Kommunikationsformen komplex ist (Mansbridge et al., [2010](#)). Öffentlicher Deliberation werden dabei positive Effekte sowohl für die Qualität politischer Urteile und Entscheidungen (kognitiver Gewinn) als auch für den Zusammenhalt der Diskutierenden zugeschrieben (sozialintegrativer Gewinn).

Die *agonistische* Tradition schließlich dreht sich um den freien Selbstaussdruck und die Selbstermächtigung insbesondere marginaler und unterdrückter Gruppen und Gemeinschaften (Mouffe, [1999](#)). Öffentlichkeit stellt sich metaphorisch als bunter Protestmarsch dar. Robuste Konflikte über unterschiedliche Erfahrungen, Werte und Identitäten werden nicht nur als unvermeidlich, sondern als erwünscht angesehen. Öffentliche Kommunikation soll denn auch nicht zu einem besonderen Ziel führen, sondern die autonomen Artikulationschancen subalternen Gruppen dauerhaft gewährleisten. Das deliberative Modell von Öffentlichkeit wird in dieser Tradition häufig dafür kritisiert, dass es inzivilen Ausdrucksformen abwertet und damit marginale Gruppen und militante Formen des Protests aus der Öffentlichkeit ausschließt. Emanzipativer Selbstaussdruck umfasse aber notwendigerweise nichtargumentative Formen wie narrative Selbstoffenbarung, Rhetorik oder auch öffentliche Wertschätzung und Anerkennung (Young, [2000](#)).

Das deliberative Modell ist durchweg anspruchsvoller als das liberale, weil es die Anforderungen des liberalen Modells umfasst und noch weitere Anforderungen hinzufügt. Die agonistische Tradition hält demgegenüber die Anforderungen des deliberativen Modells nicht nur für unerreichbar (wie die liberale Tradition), sondern legt den Fokus auf andersartige Kriterien als die im deliberativen Modell formulierten. Dennoch haben sich verschiedene Autor:innen darum bemüht, Elemente des agonistischen Modells in das deliberative zu integrieren (Dryzek, [2005](#); Young, [2000](#)).

3 Ebenen politischer Öffentlichkeit

Bis zur Etablierung der Internets als massenattraktiver Kommunikationsplattform Mitte der 1990er-Jahre war politische Öffentlichkeit gesellschaftsweit vor allem über die journalistischen Massenmedien Presse und Rundfunk vermittelt. Allerdings weisen Gerhards und Neidhardt ([1991](#)) darauf hin, dass die journalistisch-massenmedial hergestellte Öffentlichkeit immer schon gewissermaßen nur die Spitze des Eisbergs darstellt, weil sie die größte gesellschaftliche Reichweite, den höchsten Organisationsgrad und die stärkste Trennung von Sprecher- und Zuhörerrollen aufweist. Darunter jedoch existierte immer eine Ebene veranstalteter Öffentlichkeit in Form von öffentlichen Reden, Podiumsdiskussionen, Protesten und parteilichen Richtungsmedien. Hinzu kommt eine breite Bürgeröffentlichkeit, die den informellen, spontanen und kaum rollendifferenzierten Austausch über politische Themen im Alltag umfasst. Seit der Etablierung des Internets und vor allem der sozialen Netzwerkmedien – Facebook entstand 2006 – differenzieren sich insbesondere veranstaltete Öffentlichkeiten und Bürgeröffentlichkeiten in ungeahntem Maße aus. Protestbewegungen entwickeln neue Formen des „konnektiven Handelns“ im Internet (Bennett & Segerberg, [2012](#)). Internetbasierte „Alternativmedien“ auf der rechten wie der linken Seite des politischen Spektrums (z. B. „PINews“ oder „Nachdenkseiten“) artikulieren Sichtweisen, die sich als Korrektiv zum Mainstream des politischen Journalismus verstehen. Und Online-Kommentare auf Nachrichtenwebseiten sowie informelle politische Diskussionen auf sozialen Netzwerken wie Facebook und Twitter bilden eine völlig neue Ebene der Bürgeröffentlichkeit, die den etablierten Journalismus ebenfalls stark herausfordert, an der sich Journalist:innen aber auch selbst beteiligen.

Hinzu kommt, dass auch der etablierte politische Journalismus seine Inhalte verstärkt online vertreibt, zunehmend nicht mehr nur über eigene Online-Produkte, sondern auch als Einzelartikel über eben jene sozialen Netzwerke, die ihnen gleichzeitig immer mehr Werbeeinnahmen und Nutzungszeit wegnehmen und ihr traditionelles Geschäftsmodell bedrohen.

Die mediale Einbettung des politischen Journalismus hat sich also spätestens seit der Jahrtausendwende radikal verändert. Während in der Zeit vor dem Internet veranstaltete Öffentlichkeiten und spontane Bürgeröffentlichkeiten primär als distante Umwelten und als Berichterstattungsgegenstände des politischen Journalismus in Erscheinung traten, befindet sich der traditionelle politische Journalismus heute in einer Art Dauerbelagerung mit der Möglichkeit einer nachhaltigen Grenzverwischung (s. Kap. „[Journalismus als \(ent-\) differenziertes Phänomen](#)“). Für die Forschung zur Interrelation von Journalismus und Politik stellen sich dadurch neue theoretische Fragen. In normativer Hinsicht ist insbesondere umstritten, ob parteilich-einseitige Alternativmedien sowie politisch motivierte Online-Kommentare im Umfeld des politischen Journalismus eben jene Gegenöffentlichkeiten schaffen, um die es den Vertreter:innen des agonistischen Modells geht. Während einige Forschende vor allem das ungebremste Expressionspotenzial der neuen Internetöffentlichkeiten betonen und diesen daher wichtige Funktionen für eine agonistisch verstandene demokratische Öffentlichkeit attestieren (Töpfl & Piwoni, [2015](#)), verweisen andere darauf, dass die neuen (vor allem rechts orientierten) Online-„Gegenöffentlichkeiten“ oftmals das Mindestmaß an Respekt vermissen lassen, das demokratische Öffentlichkeit selbst aus agonistischer, erst recht jedoch aus liberaler und deliberativer Sicht auszeichnen sollte (Freudenthaler, [2020](#)). Allgemeiner formuliert ist eine neue theoretische Auseinandersetzung darüber entstanden, ob die verschärfte Dissonanz und die gegenseitige Abschottung der Online-Öffentlichkeiten als neuer agonistischer Normalzustand akzeptiert (Pfetsch et al., [2018](#)) oder als Degenerationserscheinung und Ausdruck „zerbrechender Demokratie“ („fractured democracy“, Entman & Usher, [2018](#)) kritisiert werden sollen. Die Konkurrenz der genannten normativen Perspektiven hat dadurch gegenüber der Vor-Internet-Ära noch einmal erheblich an Brisanz gewonnen.

Alle drei Traditionen normativer Öffentlichkeitstheorie sind empirisch anschlussfähig. Das heißt, dass sich die jeweils formulierten normativen Kriterien als Messlatten nutzen lassen, mit deren Hilfe die empirische Beschaffenheit von politischem Journalismus ermittelt und bewertet werden kann. In den folgenden Abschnitten beschäftigen wir uns mit dieser Art von normativ angeleiteter und normativ relevanter empirischer Forschung. Wir betrachten dabei jeweils Deutschland im internationalen Vergleich und behandeln Strukturen und Inhalte des politischen Journalismus.

4 Strukturen des politischen Journalismus

Laut Hallin und Mancini ([2004](#)) folgt Deutschland dem sogenannten demokratisch-korporatistischen Modell des Zusammenspiels von Medien und Politik. In ihrer einflussreichen Typologie machen sie das jeweils herrschende Modell an den Ausprägungen fest, die ein Land auf vier verschiedenen Makro-Dimensionen aufweist, mit denen die Interrelationen von Journalismus und Politik beschrieben werden können (s. Kap. „[Journalismustheorie und komparative Forschung](#)“). Hinsichtlich der historischen *Entwicklung der Medienmärkte* sind für Deutschland insbesondere eine frühe und weite Verbreitung von Tageszeitungen sowie eine relative Stabilität und Akzeptanz öffentlich-rechtlicher Rundfunkangebote festzuhalten. Der *politische Parallelismus* der Massenmedien ist insgesamt gemäßigt, mit einer erkennbaren Links-Rechts-Differenzierung nationaler Qualitätszeitungen und Nachrichtenmagazine und einer milden Form des externen

Pluralismus zwischen den verschiedenen Landesrundfunkanstalten. Die *journalistische Professionalisierung* wiederum ist in Deutschland vergleichsweise hoch. Bezüglich des Ausmaßes *staatlicher Intervention* lässt sich sagen, dass über die bestehende Grundsicherung von Presse- und Informationsfreiheit hinaus durch entsprechende Anti-Konzentrationsregeln inzwischen wirksam die Entstehung von Medienmonopolen (wie etwa in Italien) verhindert wird.

Bezüglich der Mesoebene ist in Untersuchungen des Journalismus als gesellschaftlicher Institution ein Kernbefund immer wieder bestätigt und bekräftigt worden: Journalistische Nachrichten über Politik zeichnen sich durch eine starke inhaltliche und formale Homogenität aus. Die Ursache dafür wird seit den frühen Studien von Gans (1979) und Tuchman (1980) in institutionell geteilten Arbeitsverständnissen und -praktiken von Journalist:innen gesehen. Diese regulieren deren Beziehungen zur Politik, so zum Beispiel über die journalistische Ausgewogenheitsnorm oder die Fokussierung journalistischer Aufmerksamkeit auf prominente und einflussreiche politische Akteure. Wie diese Institutionalisierung journalistischer Praktiken sich als Übersetzung von Eigenschaften des Gesellschaftssystems in die spezifischen Rollenvorstellungen und Verhaltensweisen von Journalist:innen vollzieht, ist journalismustheoretisch vor allem unter dem Banner des sogenannten New Institutionalism (Sparrow, 1999; Cook, 1998) untersucht worden. Dieser versteht Journalismus aus einer historischen Perspektive heraus als gesellschaftliche Institution, die neben prägenden gesellschaftlichen Makrokräften durch das kontingente Auftreten einschneidender Ereignisse und Umweltentwicklungen bestimmt ist. Hieraus folgt die Annahme einer starken Pfadabhängigkeit der Institution Journalismus, die solange zur Reproduktion neigt, wie sie nicht durch interne oder externe „Schocks“ in ihrem Bestand gefährdet wird.

Wie institutionalisierte journalistische Rollenvorstellungen und Verhaltensweisen wiederum die Strukturen der Interaktion von Journalist:innen mit Politiker:innen gestalten, ist früh von Sigal (1973) untersucht worden. Er identifizierte Routinen journalistischer Arbeit, die den Umgang von Journalist:innen mit Politikakteuren regulieren. Dazu gehören die Orientierung an durch den Produktionsprozess vorgegebenen Deadlines, die Bevorzugung von persönlichen Quellenkontakten („legwork“) gegenüber intensiver Dokumentenrecherche und die redaktionsinterne Zuteilung von Journalist:innen zu bestimmten, beispielsweise politikfeldspezifischen Netzwerken von Informant:innen („beats“). Bemerkenswert ist, dass die von Sigal für den US-amerikanischen Kontext der 1970er-Jahre festgestellten Strukturen der Interaktion von Journalist:innen und Politiker:innen zum Teil stark den in einer Reihe jüngerer Studien im deutschsprachigen Raum untersuchten ähneln.

Ob der Austausch zwischen Journalismus und Politik dabei vorrangig über Interaktionen der jeweiligen Eliten (Hoffmann, 2003) oder gleichermaßen über weniger statushohe Akteure organisiert ist (Rinke et al., 2006), ist umstritten. Fest steht, dass die wechselseitige Durchdringung („interpenetration“) beider Systeme erkennbare Strukturen informeller Interaktion hervorbringt. Hierzu zählen etwa von Journalist:innen organisierte Hintergrundkreise, von Politiker:innen initiierte Hintergrundgespräche sowie die Begleitung von Politiker:innen auf Auslandsreisen durch Journalist:innen. Ebenfalls erstreckt sich die Institutionalisierung des informellen Austauschs zwischen Journalismus und Politik auf die Ausbildung eigener Sprachcodes (Rinke et al., 2006). Bei alledem variiert sie jedoch zum Teil stark mit dem Handlungskontext. So können sich die Strukturen des Umgangs von Akteur:innen aus Journalismus und Politik zwischen Ländern, Politikfeldern und Politikebenen unterscheiden.

5 Inhalte des politischen Journalismus

Im Hinblick auf die in den Qualitätszeitungen zu Wort kommenden Sprecher sind in Deutschland staatliche Akteure stärker vertreten als in angelsächsischen Ländern (Ferree et al., [2002](#), S. 90), wo umgekehrt zivilgesellschaftliche Gruppen und „einfache Bürger“ häufiger in den Qualitätszeitungen zu Wort kommen. Eine gewisse etatistische Tradition scheint sich also nach wie vor durchzusetzen, sodass die deutschen Qualitätszeitungen den Partizipations- und Empowerment-Forderungen des deliberativen beziehungsweise des agonistischen Modells etwas weniger nachkommen als ihre angelsächsischen Pendanten. Das in den deutschen Fernsehnachrichten zu Wort kommende Sprecherensemble unterscheidet sich dagegen kaum von dem Sprecherensemble in US-amerikanischen (und russischen) Fernsehnachrichten (Wessler & Rinke, [2014](#)). Allerdings zeigen sich in der Prominenz staatlicher Sprecher:innen in den deutschen Fernsehnachrichten starke Unterschiede zwischen einzelnen Sendern: Die öffentlich-rechtliche ARD gibt staatlichen Sprecher:innen deutlich mehr Gewicht als die kommerziellen Sender RTL und n-tv. Auch insgesamt ist der Anteil politischer Themen in den Nachrichten der ARD deutlich höher als bei der kommerziellen Konkurrenz.

Mit Blick auf das Wie der öffentlichen Kommunikation, insbesondere die deliberative Qualität von Medieninhalten, weist die existierende Literatur keine bemerkenswerten Niveauunterschiede zwischen den Routinen des deutschen Journalismus und denen anderer westlicher Länder aus. Sie lenkt den Blick vielmehr auf Besonderheiten der journalistischen Kultur. Viel Aufmerksamkeit hat dabei die Frage erhalten, wie einseitig oder ausgewogen die Medienberichterstattung ist. Eine Form, gegenläufige Positionen transparent zu machen, besteht darin, „beide Seiten“ eines Konflikts in ein und demselben Zeitungsartikel oder ein und derselben Fernsehnachricht zu Wort kommen zu lassen. Diese Form debattenartiger Darstellung eines Disputs findet sich eher in (Teil-)Systemen mit internem Pluralismus, in denen einzelne Medien versuchen, den Meinungspluralismus intern abzubilden. So zeigen Ferree et al. ([2002](#), S. 240), dass die binnenplural strukturierten US-Qualitätszeitungen einen größeren Anteil an nachrichtlichen Artikeln mit widerstreitenden Meinungen aufweisen, während in den politisch stärker identifizierbaren deutschen Qualitätszeitungen häufiger Nachrichten mit nur einer Meinungsrichtung auftauchen. Dies verweist auf einen Unterschied in der journalistischen Arbeitsweise, bedeutet jedoch nicht, dass die deutschen Zeitungen deshalb grundsätzlich weniger deliberativ wären. Denn Ferree et al. ([2002](#)) weisen auch nach, dass „debate-style articles“, wie sie in den US-Zeitungen häufiger vorkamen, sowohl höhere Anteile direkter argumentativer Bezugnahme („rebuttal“) aufweisen als auch höhere Anteile unziviler, herabsetzender Äußerungen („hot-button language“) zwischen den Akteuren. Debattenartikel unterstützen also zugleich deliberative und respektlose „Interaktionen“ zwischen Sprecher:innen.

Auch die vergleichende Analyse der Deliberativität von Fernsehnachrichten von Wessler und Rinke ([2014](#)) findet in deutschen Sendern etwas weniger Nachrichtenbeiträge mit gegenläufigen Positionen (das Äquivalent zu debate-style articles) und etwas weniger Sprecheräußerungen, die sich explizit auf eine gegenläufige Äußerung beziehen (das Äquivalent zu rebuttals), als in US-amerikanischen Fernsehsendern. Umgekehrt weisen die deutschen Fernsehnachrichten einen größeren Anteil von Beiträgen auf, in denen Debatten im Vorfeld einer bestimmten politischen Entscheidung präsentiert werden. In den US-Sendern bezieht sich ein größerer Teil der politischen Nachrichten gar nicht auf eine politische Entscheidung oder präsentiert Diskussionen im Anschluss an bereits getroffene Entscheidungen. Debatten im Vorfeld sind von größerem Wert für die Öffentlichkeit als Ganze, weil sie es ermöglichen, dass sich Bürger:innen wie auch Entscheidungsträger:innen in ihren Urteilen und Entscheidungen an den vorgebrachten Argumenten orientieren können. Sowohl in den USA als

auch in Deutschland schneiden die öffentlich organisierten Sender bei fast allen Qualitätskriterien besser ab als ihre kommerziellen Konkurrenten (Wessler & Rinke, [2014](#)).

Neben Nachrichten in Printmedien und Fernsehen sind es vor allem politische Fernsehtalkshows, die die Bürger mit gesellschaftsweit relevanten Themen in Berührung bringen und insofern für die Konstitution von politischer Öffentlichkeit wichtig sind. Auch wenn es zur Qualität von Talkshows bislang keine international vergleichende Forschung gibt, kann man sagen, dass Deutschland in diesem Bereich ein differenziertes Angebot aufweist, das von Politikerauftritten in Unterhaltungstalkshows über die Polit-Talks am Abend (z. B. „Hart aber fair“, „Maybrit Illner“) bis zu politischen Expertengesprächen wie zum Beispiel dem „Presseclub“ reicht. Schultz ([2006](#)) zeigt auf, worin ein öffentlichkeitsrelevanter Beitrag von politischen Fernsehtalkshows bestehen kann: in einem mittleren Niveau der journalistischen Intervention und im Stellen von Rechtfertigungsfragen, die die beteiligten Politiker:innen dazu anhalten, ihre Positionen nicht nur zu äußern, sondern auch zu begründen. Ein zu großes Maß an Konfrontativität zwischen den Beteiligten ist dagegen der Akzeptanz unterschiedlicher möglicher Standpunkte abträglich (Mutz, [2015](#)).

6 Politischer Journalismus in Deutschland als „gemäßigtes“ System

Im Bereich der Medienstrukturen vereinigt das in Deutschland anzutreffende demokratisch-korporatistische Modell einen gemäßigten politischen Parallelismus und eine stark ausgeprägte journalistische Professionalisierung mit einer historisch frühen und weiten Verbreitung meinungsbildender Medien sowie deutlicher staatlicher Intervention im Medienbereich, die sich insbesondere in einem starken öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem niederschlägt. Journalistischer Professionalisierungsgrad und öffentlicher Auftrag der öffentlich-rechtlichen Medien sind es denn auch, die Gefahren eines etwaigen Autonomieverlustes des Journalismus angesichts der durch dichten informellen Austausch mit Politikakteuren geschaffenen Nähe vorbeugen. Insgesamt bietet das deutsche Modell des Verhältnisses von Journalismus und Politik gegenüber rein kommerziellen wie auch gegenüber politisch stärker polarisierten Systemen vergleichsweise gute Voraussetzungen für anspruchsvolle Medienleistungen. In puncto Inklusivität des in der Berichterstattung zu Wort kommenden Ensembles von Sprecher:innen kommt der deutsche Journalismus den Partizipationsforderungen des deliberativen und vor allem des agonistischen Modells im Ganzen etwas weniger gut nach als angelsächsische Länder, während es bei der Deliberativität des Medieninhalts keine gravierenden Niveauunterschiede zu ihnen zu geben scheint. Vielmehr zeigen sich deutliche Anzeichen für eine spezifische journalistische Kultur und Arbeitsweise, die eine vergleichsweise starke Politikfokussierung verbindet mit gemäßigten Formen des Außenpluralismus (im Printbereich), des Binnenpluralismus (im Rundfunkbereich) sowie einer relativ starken Gemeinwohlorientierung. Durch die im Vergleich mit rein kommerziellen Systemen gedämpfte Marktabhängigkeit des deutschen Journalismus, insbesondere durch die starke Stellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, ist zudem die systemische Stabilität noch immer relativ hoch. Ökonomische Krisen und technologische Innovationen wirken sich im internationalen Vergleich in Deutschland verlangsamt und abgeschwächt aus.

Die festgestellte relative Gemäßigkeit des deutschen Systems sollte allerdings nicht dazu verleiten, das „Ausfransen“ des politischen Journalismus im Verhältnis zu parteilich-einseitigen Alternativmedien und dauermobilisierten Bürgeröffentlichkeiten zu ignorieren. Ganz im Gegenteil:

Eine wichtige Zukunftsaufgabe der normativ orientierten Journalismusforschung, wie wir sie hier vorgestellt haben, besteht darin, die Autonomisierung politischer Kommunikationsprozesse im Internet vom etablierten System des politischen Journalismus offen und kritisch zu begleiten. Auch relativ stabile Systeme kennen bisweilen Umschlagpunkte, an denen schrittweiser Wandel in Systemwechsel umkippt. Es wäre ein Ausweis wissenschaftlicher Reife, wenn die Journalismusforschung von solchen Prozessen nicht überrascht würde.

Literatur

Althaus, S. L. (2012). What's good and bad in political communication research? Normative standards for evaluating media and citizen performance. In H. A. Semetko & M. Scammell (Hrsg.), *Sage handbook of political communication* (S. 97–112). SAGE.

[CrossRef](#)

Bennett, W. L., & Segerberg, A. (2012). The logic of connective action. *Information, Communication & Society*, 15(5), 739–768. <https://doi.org/10.1080/1369118X.2012.670661>.

[CrossRef](#)

Cook, T. (1998). *Governing with the news: The news media as a political institution*. University of Chicago Press.

Dryzek, J. S. (2005). Deliberative democracy in divided societies: Alternatives to agonism and analgesia. *Political Theory*, 33(2), 218–242. <https://doi.org/10.1177/0090591704268372>.

[CrossRef](#)

Entman, R. M., & Usher, N. (2018). Framing in a fractured democracy: Impacts of digital technology on ideology, power and cascading network activation. *Journal of Communication*, 68(2), 298–308. <https://doi.org/10.1093/ct/jqx019>.

[CrossRef](#)

Ferree, M. M., Gamson, W. A., Gerhards, J., & Rucht, D. (2002). *Shaping abortion discourse: Democracy and the public sphere in Germany and the United States*. Cambridge University Press.

[CrossRef](#)

Freudenthaler, R. (2020). Which online counter-publics on Facebook are fostering agonistic respect? An assessment of counter-publics debating Germany's refugee policy. *Javnost – The Public*, 27(3), 247–265. <https://doi.org/10.1080/13183222.2020.1804121>.

[CrossRef](#)

Gans, H. J. (1979). *Deciding what's news: A study of CBS Evening News, NBC Nightly News, Newsweek, and Time*. Pantheon.

Gerhards, J., & Neidhardt, F. (1991). Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit: Fragestellungen und Ansätze. In S. Müller-Doohm & K. Neumann-Braun (Hrsg.), *Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation: Beiträge zur Medien- und Kommunikationssoziologie* (S. 31–89). BIS.

Hallin, D. C., & Mancini, P. (2004). *Comparing media systems: Three models of media and politics*. Cambridge University Press.

[CrossRef](#)

Hoffmann, J. (2003). *Inszenierung und Interpenetration: Das Zusammenspiel von Eliten aus Politik und Journalismus*. Westdeutscher Verlag.

[CrossRef](#)

Mansbridge, J., Bohman, J., Chambers, S., Estlund, D., Føllesdal, A., Fung, A., Lafont, C., Manin, B., & Marti, J. L. (2010). The place of self-interest and the role of power in deliberative democracy. *Journal of Political Philosophy*, 18(1), 64–100. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9760.2009.00344.x>.

[CrossRef](#)

Mouffe, C. (1999). Deliberative democracy or agonistic pluralism? *Social Research*, 66(3), 745–758.

Mutz, D. C. (2015). *In-your-face politics: The consequences of uncivil media*. Princeton University Press.

[CrossRef](#)

Pfetsch, B., Löblich, M., & Eilders, C. (2018). Dissonante Öffentlichkeiten als Perspektive kommunikationswissenschaftlicher Theoriebildung. *Publizistik*, 63(4), 477–495.

<https://doi.org/10.1007/s11616-018-0441-1>.

[CrossRef](#)

Rinke, E. M., Schlachter, M., Agel, F., Freund, C., Götz, T., Täuber, U., & Wächter, C. (2006). *Netzwerk Berlin: Informelle Interpenetration von Politik und Journalismus*. Meidenbauer Verlag.

Schultz, T. (2006). *Geschwätz oder Diskurs? Die Rationalität politischer Talkshows im Fernsehen*. Herbert von Halem Verlag.

Sigal, L. V. (1973). *Reporters and officials: The organization and politics of newsmaking*. D. C. Heath.

Sparrow, B. H. (1999). *Uncertain guardians: The news media as a political institution*. Johns Hopkins University Press.

Töpfl, F., & Piwoni, E. (2015). Public spheres in interaction: Comment sections of news websites as counterpublic spaces. *Journal of Communication*, 65(3), 465–488.

<https://doi.org/10.1111/jcom.12156>.

[CrossRef](#)

Tuchman, G. (1980). *Making news: A study in the construction of reality*. Free Press.

Wessler, H. (2008). Investigating deliberativeness comparatively. *Political Communication*, 25(1), 1–22. <https://doi.org/10.1080/10584600701807752>.

[CrossRef](#)

Wessler, H. (2018). *Habermas and the media*. Polity Press.

Wessler, H., Freudenthaler, R., Haffner, P., & Jakob, J. (2020). Öffentlichkeitstheorien. In I. Borucki (Hrsg.), *Handbuch Politische Kommunikation* (S. 1–16). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-26242-6_3-1.

[CrossRef](#)

Wessler, H., & Rinke, E. M. (2013). Öffentlichkeit. In S. Mau & N. M. Schöneck (Hrsg.), *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands* (3. Aufl., S. 637–650). Springer VS.

[CrossRef](#)

Wessler, H., & Rinke, E. M. (2014). Deliberative performance of television news in three types of democracy: Insights from the United States, Germany, and Russia. *Journal of Communication*, 64(5), 827–851. <https://doi.org/10.1111/jcom.12115>.

[CrossRef](#)

Young, I. M. (2000). *Inclusion and democracy*. Oxford University Press.

Weiterführende Literatur

Ferree, M. M., Gamson, W. A., Gerhards, J., & Rucht, D. (2002). *Shaping abortion discourse: Democracy and the public sphere in Germany and the United States*. Cambridge University Press. Diese wegweisende Studie analysiert am Beispiel der Medienberichterstattung zum Thema „Abtreibung“ Unterschiede zwischen den Öffentlichkeitssystemen Deutschlands und der USA aus dem Blickwinkel mehrerer Demokratietheorien.

[CrossRef](#)

Hallin, D. C., & Mancini, P. (2004). *Comparing media systems: Three models of media and politics*. Cambridge University Press. Dieser Band präsentiert Hallin und Mancinis empirische Typologie der Beziehungen von Journalismus- und Politiksystem. Diese ist seit Veröffentlichung international zum Standardmodell von Journalismus und Politik avanciert.

[CrossRef](#)

Peters, B. (2007). *Der Sinn von Öffentlichkeit*. Herausgegeben von Hartmut Wessler, mit einem Vorwort von Jürgen Habermas. Suhrkamp. Dieser Band versammelt die wichtigsten Beiträge Bernhard Peters zur Öffentlichkeitsforschung. Dabei steht er exemplarisch für ein Programm der Integration deskriptiv wie normativ anspruchsvoller Theoriebildung zu Journalismus und Politik mit einer rigoros verfahrenen empirischen Kommunikationsforschung.